

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 42 40. Jg.

21. Okt. 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsenstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - Druck und Exzedition:
Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raun 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Scheideitz**

Wirtschaftsfrieden? — Kriegsrüstung!!

Ein bekannter Wirtschaftsführer sagte kürzlich, daß die deutschen Unternehmer Aristokraten werden müßten. Aristokraten sind bekanntlich Edelmenschen. Die deutschen Industriellen sollen also noch edlere Menschen werden als sie schon sind. Da verlangt man nach der Meinung der meisten von ihnen doch ein wenig zu viel: Sind sie nicht ohnehin schon aufopferungsvoll um das Wohl ihrer Arbeiter besorgt? Müssen sie nicht bei jeder Gelegenheit auf die erdrückenden Riesenausgaben für sozialpolitische Einrichtungen hinweisen? Will Herr Borsig nicht, damit die Arbeiter mehr verdienen, die Arbeitszeit der Ungelernten und Angelernten auf 10 und 12 Stunden täglich ausdehnen? Aus reinem sozialen Mitgefühl natürlich, aus purer Arbeiterfreundlichkeit. Und blasen die Herren Unternehmer denn nicht auf allen ihren Zusammenkünften zaubrisch-süße Töne auf der Wirtschaftsfriedensschalmel? Redet man nicht engelsüße Worte über Schicksalsgemeinschaft und Werkfrieden und Betriebsgemeinschaft? Ja, sind die Herren nicht sogar um die Seele des Arbeiters besorgt? Wollen sie sie nicht erlösen aus der gewerkschaftlichen Vergewaltigung? Sie wollen es, die Herren Seelsorger von Schlotes Gnaden. Sie wollen es um des Wirtschaftsfriedens willen und um der „Entpolitisierung der Wirtschaft“ willen.

Dennoch ist es etwas eigenes um ihren Wirtschaftsfrieden. Man kann sich nicht helfen, ihn ein wenig kriegerisch zu finden. Besonders sind es die Herren der Schwerindustrie, die neben der Friedensschalmel auch recht gut die Kriegstrompete zu blasen verstehen und die das letztere Instrument dem ersteren immer mehr vorzuziehen scheinen.

Sie wollen es durchaus nicht einsehen, daß das stetige Steigen der Lebensmittelpreise, die neue Mietenerhöhung usw. das Realeinkommen der Arbeiter ständig sinken läßt. Und sie wollen es noch weniger einsehen, daß diese ständige Verschlechterung der Lebenshaltung die Arbeiter zwingt und berechtigt, einen entsprechenden Ausgleich durch Lohnerhöhung zu verlangen. Am allerwenigsten aber wollen sie zugeben, daß auch die Arbeiterschaft ihren Anteil an den Erfolgen der Rationalisierung haben soll, daß ein Teil des durch die Rationalisierung geschaffenen 20—30 prozentigen Mehrertrages der Produktion den Arbeitern zugute kommen soll. Denn die soziale Lage des Arbeiters verschlechtert sich auch dann, wenn zwar der Lohn gleich bleibt, wenn aber die Gesamterzeugung an Waren wesentlich zunimmt. Der Arbeiter kann sich dann zwar für seinen Lohn einkaufen, wie er sich vorher kaufen konnte; aber der Mehrertrag der Produktion wird von den anderen Klassen konsumiert. Deren Lebenshaltung verbessert sich dann entsprechend, während die Lebenshaltung des Arbeiters absolut die gleiche bleibt und relativ sich verschlechtert. Dieser Zustand ist bei uns heute zu verzeichnen. Weder als Lohnerhöhung noch als Preissenkung kam dem deutschen Arbeiter etwas von der Rationalisierung und der durch sie bedingten Vergrößerung der geschaffenen Gesamtwarenmenge zugute. Die Statistik weist sogar ein ständiges Sinken der Realöhne nach. Forderungen der Arbeiterschaft nach Lohnerhöhung sind deshalb mehr als berechtigt. Trotzdem bereiten die Unternehmer einen Generalangriff auf die Arbeiterlöhne vor. Ihre Lohnsenkungsbestrebungen halten sie für das beste Mittel, die Lohnforderungen der Arbeiter abzuwehren.

Wirtschaftsfrieden? Zum Teufel mit dem Wirtschaftsfrieden, wenn der Profit gefährdet ist! Kriegsrüstung!!

Die Herren Unternehmer rüsten. Die neue Arbeitszeitregulung, die am 1. Januar 1928 in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie in Kraft tritt und die den Arbeitern an Stelle der bisherigen Zwölfstundentag den Achtstundentag bringt, hat es den Schlottbaronen besonders angefallen. Sie sehen natürlich ein, daß die jetzigen Schichtlöhne so niedrig sind, daß sie nicht ohne weiteres um ein Drittel verkürzt werden können und daß ein Ausgleich erfolgen muß, daß also

Lohnforderungen der Arbeiter zu erwarten sind. Diese Lohnforderungen würden aber, wenn sie z. B. auch von den Bergarbeitern gestellt und durchgesetzt werden würden, durch Preiserhöhungen nicht so leicht ausgeglichen werden können, weil hier der Reichsarbeitsminister ein Wörtlein mitzureden hat. Sie könnten deshalb auf Kosten des Profits gehen. Das aber wollen sich die Herren Unternehmer unter keinen Umständen gefallen lassen.

„Man ist hier... fest entschlossen, eine solche neue Verschiebung der Selbstkostenlage nicht hinzunehmen, auch wenn bei der Abwehr Verluste aus einem längeren Produktionsausfall in Kauf zu nehmen wären.“

So heißt es in der Unternehmerpresse. Man will es also auf einen großen Lohnkampf ankommen lassen und rechnet mit einem Streik von längerer Dauer. Man bereitet den Kampf vor gegen die Arbeiterschaft, gegen den Staat und sein Gesetz, das die Durchführung des Achtstundentags verlangt. Aber zum Kriegführenden gehört Geld. Gottlob, das haben die Herren Unternehmer. Also wird eine Kriegskasse gegründet. Die angeschlossenen Werke zahlen pro Monat und Arbeiter 5 Mk. in die Kasse. Die gleichen 5 Mk. konnte man zwar auch den Arbeitern als durchschnittlich 3 prozentige Lohnerhöhung geben. Aber warum soll man die ewig Unzufriedenen durch überflüssige Zuwendungen noch übermütig machen?! Der Kampf ist notwendig um bei den kommenden Streiks den kleinen und mittleren Betrieb das Durchhalten zu ermöglichen und einer vorzeitigen Zermürbung der Unternehmerfront vorzubeugen. Die großen Konzerne fühlen sich profitgeschwollen genug, mit eigenen Mitteln auszuhalten und verzichten deshalb auf einen Zuschuß aus den Millionen der Streikkasse. Das Beispiel der Schwerindustrie macht Schule. Schon wird berichtet, daß sich die verschiedensten Industrien zu „Gefahrengemeinschaften“ zusammenschließen. Eisenindustrie, Bergbau, Textilindustrie, Baugewerbe, chemische Industrie schließen sich lose in den einzelnen Bezirken zusammen, gründen Schutz- und Trutzbündnisse zum Zwecke wechselseitiger Unterstützung im Kampf gegen sozialpolitische Forderungen der Arbeiterschaft und evtl. sogar gegen sozialpolitische Maßnahmen der Regierung.

So sieht der Wirtschaftsfrieden der Unternehmer aus. Den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft tritt die geschlossene Kampffront der Industriellen entgegen. Die Arbeiterschaft muß daraus lernen, daß es notwendiger denn je ist, die Gefahrengemeinschaften der Arbeiter, die freien Gewerkschaften, aufs äußerste zu stärken und zu festigen, um sie so zu einer wohlgerüsteten Wehr gegen die Unternehmeraktionen zu machen.

L. Sch.

Eine sozialgefährliche Predigt!

- Motto: 1. Die Unfallversicherung tötet den Willen zur Arbeit.
2. Die Krankenversicherung lähmt den Willen zur Gesundheit.
3. Die Altersversicherung zerstört den Sparsinn des Volkes.
Und schließlich:
4. Deutschland hat den Krieg infolge seines durch die Sozialversicherung und geschädigten Nervensystems verloren.

Dies sind einige Sätze aus dem temperamentvoll geschriebenen Buche des Arztes Erwin Liek. „Die Schäden der sozialen Versicherung“, so lautet der Titel dieser soeben erschienenen Arbeit.

Die bürgerliche Wissenschaft ist schon des öfteren als die Hure des Kapitalismus entlarvt worden. Als ihre treue Diener kamen meistens die Herren von der Rechts- und der Wirtschaftswissenschaft in Frage. Warum soll nicht auch einmal ein Arzt Dienst tun für das kapitalistische System? Interessant ist, daß in den letzten Monaten die Unternehmerangriffe auf die Sozialpolitik nicht abbrechen wollen. Warum die Angriffe? Die Sozialpolitik soll den Profit erodieren. Bei ihrem Kampf gegen die Sozialpolitik geben sie dies natürlich nicht als ihr Motiv an. Ihr Kampf gegen die Sozialpolitik wird angeblich aus kulturellen

Gründen unternommen. Wir können die Melodien. Sumsumsum . . .

Und just in dem Moment des nackten Interessenkampfes der Unternehmer, schreibt ein Arzt ein Buch, das den wissenschaftlichen Beweis erbringen will, daß die soziale Versicherung der Untergang der Kultur ist. Dr. Liek arbeitet mit Dynamit. Und die Methode, wie er dies aufzieht, ist sehr gerissen. Die Gedanken, die er vom Stapel läßt, sind aber so absurd, daß wir nicht umhin können, einige Proben hiervon zu unterbreiten. Wie gesagt, Lieks Buch ist eine sozialgefährliche Predigt. Was predigt er? Hören wir:

Die Krankenversicherung untergräbt die Mannhaftigkeit, begünstigt körperliche und seelische Verweichlichung und führt zu bewußten Krankheitszüchtungen. Die Krankheiten bei den Versicherten werden durch die frühzeitige und kostenlose und ausgiebige ärztliche Behandlung nicht schneller beseitigt, sondern im Gegenteil, verlängert. Der Abbau der Krankenversicherung würde daher gesundheitsfördernd wirken. Die Krankenversicherung dient heute nicht zur Behandlung und Heilung von Krankheiten, sondern vielmehr als Sicherung gegen wirtschaftliche Nöte. So führt die Krankenversicherung nicht nur zur körperlichen Verweichlichung, sondern auch zur moralischen Entartung.

Aber nicht nur die Krankenversicherung ist ein kulturwidriger Zustand, sondern auch die Unfallversicherung. Die Unfallversicherung demoralisiert. Unter den Versicherten herrscht die Triebkraft, aus dem Unfall so viel wie möglich herauszuschlagen. Der Gesundheitswille wird dadurch zerstört.

Der Wunsch, gesund zu werden, wird von dem Wunsche eine Rente zu beziehen, überwuchert und erstickt. Das Volk ist durch die Unfallversicherung unglücklich gemacht worden. Und schließlich wird durch die Altersversicherung der Sparsinn des Volkes bedroht und vernichtet.

Die Erwerbslosenfürsorge ist der Schlußstein des Unheiles. Die Geldvergeudung durch die Erwerbslosenfürsorge ist bedeutungslos neben der moralischen Schädigung, die sie ausübt. Lohn ohne Leistung bedeutet auf die Dauer Arbeitsscheu, Unzufriedenheit, Vernichtung des Sparsinns. Die Erwerbslosenfürsorge ist nur dazu da, um im Arbeiter den Willen der Arbeitslosigkeit zu wecken. Der Arbeiter will arbeitslos werden, jeder will mal stempeln, d. h. faulenz.

Und den Gesamtindruck, den Liek von der Sozialversicherung gewonnen hat, ist der:

Die heutige soziale Fürsorge ist mehr Krankheitsstiftung als Gesundheitspflege. Sie bedeutet die Krankheitszüchtung im großen, bedeutet die fehlerhafte und verderbliche Umstellung breiter Volksmassen in Fragen der Gesundheit und der Arbeitsfreudigkeit. Das ist die Wirkung unserer sozialen Gesetze. Bei den Unfallverletzten geht es in erster Linie um die Rente, die Wiedererlangung der Arbeit spielt erst die zweite Rolle. Die soziale Versicherung ist hier und da möglich für den einzelnen, verderblich aber für ein ganzes Volk. Bald wird nur noch ein kleiner Teil unserer Bevölkerung arbeiten und schaffen, der größere Teil aber wird aus Rentempfängern bestehen. Die Abgewiesenen werden die Unzufriedenheit schüren und immer neue Keime der Zwierrat in unser Volk säen. So hat ein Volk mit einem Rentendasein keine Zukunft mehr. Die soziale Versicherung führt zur planmäßigen Verumpfung des Volkes. Das Kranksein wird zum Beruf. Unsere heutige soziale Versicherung begünstigt den Minderwertigen und benachteiligt den Fleißigen und Begabten. Eine Gesundheitswelle würde über das deutsche Volk ergehen, sobald wir die soziale Versicherung aufheben könnten.

Der Produzent dieser Gedanken hat auch ein Buch geschrieben: „Der Arzt und seine Sendung“. In einer Kritik dieses Buches heißt es, gegen den Verfasser müsse man den schwersten wissenschaftlichen Vorwurf erheben. Eine völlige Unkenntnis des Stoffes liege zugute. Diese Kritik ist voll und ganz auch auf sein neues „Werk“ zu übertragen. Uns mit Liek über den Wert oder Unwert der sozialen Versicherung auseinanderzusetzen

zen hat gar keinen Zweck. Mögen auch in der nächsten Zeit die Unternehmer mit den Gedanken von Lief operieren. Es focht uns nicht an. Die soziale Versicherung ist einmal da, da zum Segen des arbeitenden Volkes. Und durch kein noch so großes Geschrei, noch so große Verleumdungen und Angriffe gegen die Sozialversicherung, wird die Sozialversicherung aus der Welt geschafft werden können. Sie wird bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden. Das mögen sich alle Widersacher merken.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Der Wahlkampf um die Vertrauensmänner in der Angestelltenversicherung hat begonnen. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber: Der sogenannte Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Angestellten, dem hauptsächlich der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband, Verband weiblicher Angestellten und der Gewerkschaftsbund der Angestellten angehören, und der Allgemeine freie Angestellten-Bund, umfassend in erster Linie den Bund technischer Angestellten und Beamten, den Deutschen Werkmeister-Verband und den Zentralverband der Angestellten. Grundsätzliche Unterschiede bestehen zwischen ihnen in der Auffassung über den Aufbau und die Leistungen der Angestelltenversicherung. Der Hauptausschuß verteidigt die Haltung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, während der AfA-Bund tatkräftig sich gegen den Luxus einer Vergütung von Geldern der Angestellten und der Wirtschaft wendet. Denn eine Vergütung von Teilen der Angestelltengehälter bedeutet die Finanzpolitik der RfA. Eine soziale Versicherung muß von sozialen Gesichtspunkten aus handeln und sie darf nie und nimmer wie ein privatkapitalistischer Betrieb geleitet werden. Der soziale Sinn der Angestelltenversicherung muß Leitgedanke bei allen Leistungen und Kapitalanlagen bleiben. Es geht nicht an, daß die RfA ein Kapital von über eine halbe Milliarde anhäuft, sich aber weigert, für eine Verbesserung der Gegenleistungen, also der Ruhegelder und Hinterbliebenrenten, einzutreten und eine sozialere Auffassung in der Genehmigung und Durchführung der Heilverfahrensansprüche einzuführen. Sind doch im Jahre 1926 allein 20 191 Anträge = 38,2 v. H. abgelehnt worden. Die Durchführung des Heilverfahrens entspricht in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Versicherten. Die Durchschnittsrente für die arbeitsunfähigen Angestellten beträgt 54 RM.

Was der AfA-Bund erreichen will, ergibt sich aus seinem Wohlprogramm, aus dem wir das Wesentliche hier anführen:

1. Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufe.
2. Erhöhung der Renten ohne Beitragserhöhung.
3. Herabsetzung der Wartezeit für den Rentenbezug von 10 auf 5 Jahre.
4. Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr.
5. Volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellettlosigkeit.
6. Verhinderung willkürlicher Ablehnung von Heilverfahren durch gesetzlich gesicherten Rechtsanspruch.
7. Schutz der Versicherten gegen unsoziale Anlage ihrer Beitragsgelder.
8. Billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau.
9. Schaffung eines ehrenamtlichen Vorstandes, zwei Drittel Versicherte, ein Drittel Arbeitgeber.
10. Reform des Vertrauensmännersystems, keine Arbeitgeber als Vertrauensmänner.
11. Abschaffung des indirekten Wahlsystems, Einführung von Urwahlen durch die Versicherten.

Die Angestellten werden bei den Wahlen der Vertrauensmänner im November zu entscheiden haben, ob sie in den Selbstverwaltungskörpern der RfA Vertreter wissen wollen, die für eine Besserung der Angestelltenversicherung eintreten, wie sie sich aus dem klaren Programm des AfA-Bundes ergibt oder ob sie damit einverstanden sind, daß die RfA eine unwirtschaftliche und sozialwidrige Einrichtung bleibt.

An die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Die Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und Volkslehrerinnen erläßt folgenden Aufruf:

Wir freigewerkschaftlich organisierten Lehrer halten es für unsere Pflicht, eure Aufmerksamkeit auf die schwere Gefahr zu lenken, die dem arbeitenden Volke durch den Reichsschulgesetzentwurf des Innenministers v. Keudell droht.

Dieser Entwurf ist eine große Gefahr für alle freiheitlich gesonten Lehrer, denn er will ihnen

die einfachsten Menschenrechte nehmen: Das Recht der persönlichen Überzeugung und das Recht der freien Meinungsäußerung. Die Lehrer sollen zu Kirchendienern und Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt werden.

Aber nicht nur die Lehrer sind in Gefahr, nein, ganz besonders eure Kinder und damit die Zukunft der Arbeiterbewegung! Der Unterricht in den Volksschulen soll sich in Zukunft nicht richten nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, sondern nach den Glaubenssätzen der verschiedenen Kirchen. Der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung, der „Unverstand der Massen“, soll also durch das Reichsschulgesetz aufs neue gestärkt werden. Wird das Reichsschulgesetz durchgeführt, dann entstehen riesige Kosten, die natürlich von dem arbeitenden Volke aufgebracht werden müssen.

Die Gefahr ist riesengroß. Die Stunde ist ernst. Noch ist das Reichsschulgesetz nicht vom Reichstag beschlossen. Kämpft dafür, daß der Reichstag dieses Gesetz nicht annimmt! Übt Solidarität mit euren Kindern und euren Gewerkschaftskollegen in den Schulstuben!

Warum nicht Abonnentenversicherung?

Eine Anzahl von Zeitschriften, die literarisch wertlos sind, hätte kaum Aussicht, in größeren Kreisen bekanntzuwerden, wenn die geschäftstüchtigen Verleger mit dem Abonnement der Zeitschriften nicht eine angeblich kostenlose Unfall- oder Sterbegeldversicherung verbinden würden. Diese Versicherung besteht selbstverständlich nur solange, solange die Hefte ununterbrochen bezogen und stets prompt eingelöst werden. Der Zeitungsverleger steckt den Gewinn aus dem Vertrieb seiner Blättchen ein, das Risiko der Versicherung überläßt er dagegen einer Versicherungsgesellschaft; denn mit dieser schließt er einen Vertrag ab. Nicht der betreffende Verlag, sondern das deckende Versicherungsunternehmen steht unter Reichsaufsicht. Die Versicherungsprämie wird in den Bezugspreis des Blattes einkalkuliert und an die Versicherungsgesellschaft abgeführt, wird also tatsächlich doch vom Abonnenten, wenn auch ohne dessen Wissen bezahlt. Um nun aber den braven Versicherten in seinem Glauben, daß es sich bei der Versicherung um eine kostenlose Zugabe handele, zu belassen, muß die Versicherungsgesellschaft so gering sein, daß sie den Abonnementpreis nicht wesentlich verteuert. Für eine minimale Prämie kann aber nur ein beschränkter Versicherungsschutz gewährt werden, d. h. entweder muß die Entschädigungssumme recht gering bemessen sein, oder aber die Versicherung darf sich nur auf außerordentlich seltene Ereignisse erstrecken, wie beispielsweise Tod durch Unfall oder Ganzinvalidität durch Unfall. Die Wahrscheinlichkeit eines entschädigungspflichtigen Unfalles ist jedenfalls sehr gering. Die komplizierten Versicherungsbedingungen, die von den wenigsten gelesen werden, geben an, in welchen Fällen ein Anspruch besteht, führen aber noch viel mehr Ausnahmen auf, die einen Anspruch ausschließen, z. B.: „Nicht entschädigungspflichtig sind Unfälle, veranlaßt durch bürgerliche Unruhen, Beteiligung an einem Raufhandel, innere Erkrankung, Krampf-, Schwindel-, Schlag- und epileptische Anfälle bzw. deren Folgen, Bruchleiden, Witterungseinflüsse, ferner Unfälle, welche von der verletzten Person veranlaßt bzw. herbeigeführt sind durch grobe Fahrlässigkeit oder durch vorsätzliches oder grobfahrlässiges Nichtbeachten der für den Schutz von Leben und Gesundheit bestehenden polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften; unter Passagierunfällen sind solche Unfälle zu verstehen, die die versicherte Person bei ihrer Beförderung als Fahrgast, nicht etwa als Betriebsangestellter, z. B. Schaffner, Eisenbahnbediensteter, Kutscher, Schiffsangestellter, einer dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Eisenbahn, auch Kleinbahn, Straßenbahn, Drahtseilbahn, Hochbahn, Schwebebahn, Untergrundbahn, Zahnradbahn, Postautomobil, Automobilbus oder eines sonstigen dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Fahrzeugs, eines auf europäischen Häfen verkehrenden Dampfschiffes oder Motorbootes dadurch erleidet, daß dem Transportmittel selbst ein Unglück zustößt. Unfälle, welche sich bei der Benutzung von gewöhnlichen Kraftfahrzeugen jeder Art und Fahrrädern sowie Luftfahrzeugen ereignen, begründen jedoch keinen Anspruch auf Gewährung der Entschädigung für Passagierunfälle.“

Die meisten Bezieher der Versicherungszeitungen glauben im Besitze einer vollwertigen Todesfallversicherung zu sein und halten es daher für überflüssig, noch eine eigene Lebensversicherung abzuschließen. Erst bei Geltendmachung der vermeintlichen Ansprüche wird den Hinterbliebenen klar, in welcher großen Täuschung sie sich befanden. Sie glauben sich dann betrogen und ihr Unmut richtet sich statt gegen den Verleger, gegen die betreffende Versicherungsgesellschaft im besonderen und gegen alle anderen Versicherungsunternehmen und damit gegen den Versicherungsgedanken überhaupt im allgemeinen. Hinzu

kommt auch, daß die Abonnenten die in den Versicherungsbedingungen festgesetzten Fristen zur Anmeldung ihrer Ansprüche nicht immer beachten und dann bei dem Versicherungsunternehmen auf Schwierigkeiten stoßen, für die sie kein Verständnis haben. Wohl hat man geglaubt, die Mängel, die der reinen Unfall-Abonnentenversicherung anhaften, durch die Verbindung mit einer geringfügigen Sterbegeldversicherung (für jeden Anspruch daraus ist Voraussetzung, daß der Abonnent bei Ausstellung des Versicherungsausweises mindestens 16 und nicht über 55 Jahre alt war) zu mildern; aber auch dadurch wird so gut wie nichts erreicht.

Pflicht einer Arbeiterzeitung ist es, die Dinge beim rechten Namen zu nennen und ihren Lesern zu sagen, wie sie sich im eigenen Interesse zu verhalten haben.

Das junge Deutschland.

Nachdem die Ausstellung „Das junge Deutschland“, veranstaltet vom Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, für Berlin mit einem beispiellosen Erfolge, es wurden 100 000 Besucher gezählt, geschlossen ist, sie also demnach ihren Weg durch Deutschland machen wird, sei es einem „Alten“ gestattet, einiges für die Jungen und Alten zum Nachdenken und zum evtl. Besuch der Ausstellung später zu bringen. Der veranstaltende Ausschuß dürfte mit der Absicht, die Lage der Jugend zu zeigen, einen vollen Erfolg gehabt und seinen Kampf um Freizeit und Ferien vorwärts getrieben haben.

Dem Reichsausschuß sind 95 Jugendverbände mit 4 135 797 Mitgliedern im Alter von 14 bis 21 Jahren, angeschlossen, es fehlen nur die kommunistische und völkische Jugend. Da in Deutschland 9,1 Millionen Jugendliche vorhanden sind, so ist beinahe die Hälfte in irgend einem Bund organisiert. Die einzelnen Bünde bestehen nach Gruppen zusammengefaßt aus:

- 595 772 evangelischen,
- 881 121 katholischen,
- 56 239 sozialistischen,
- 401 897 berufsständischen,
- 4 750 jüdischen,
- 44 300 politischen,
- 29 755 Bünden der Jugendbewegung,
- 1 577 563 Verbänden der Leibesübungen,
- 544 400 sonstigen Verbänden.

Diese Zahlen geben zu denken. Die von der Arbeiterbewegung beeinflussten Jugendbünde sind in den Gruppen sozialistischen, berufsständischen und Verbänden der Leibesübungen enthalten. Zu letzterer Gruppe machen in der Freizeitabteilung die bürgerlichen Turner und Fußballer Angaben über ihre Jugendlichen, erstere zählen 500 000, letztere 250 000 Jugendliche. Es dürfte kein Fehlschluß sein, wenn man in den anderen bürgerlichen Verbänden noch große Massen sucht. Hier gibt es also unendliche und unermüdete Werbearbeit zu leisten, wenn uns die Zukunft gehören soll.

Die soziale Lage der Jugendlichen in Gesellschaft und Wirtschaft wird durch die Ausstellung sehr eindrucksvoll geschildert. Das Material dazu lieferte eine Erhebung des Reichsausschusses, der Reichsarbeitsverwaltung, Berufs- und Fachschulen, Industriegruppen, Dinta u. a. Danach sind die Jugendlichen in allen Punkten benachteiligt. Längere Arbeitszeit, kürzere oder gar keine Ferien, Sonntagsarbeit. Der Ausschuß stellt dem gegenüber, daß ein gleichaltriger Schüler 78 Tage Urlaub im Jahre hat.

Die Wohnungsverhältnisse der Jugendlichen sind entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den arbeitenden Schichten des Volkes. Übervölkerte Wohnungen, fehlende Ruhelager. Der Gesundheitszustand läßt viel zu wünschen übrig. Über diese Punkte ist ja schon manches durch die Presse gegangen. Eine vergleichende Statistik von Stuttgart muß jedoch Erwähnung finden. Die Statistik zeigt Größe der Volks- und höheren Schüler vor dem Kriege und, daß heute beide diesen Stand nicht mehr erreichen.

In dem bisher geschilderten Ausstellungsteil befinden sich eine Reihe Objekte, die ein „J“ zeigen. Es bedeutet „Industrie“. Das Material ist entweder vom Dinta oder von einzelnen Firmen, die jedoch mit diesem Institut in Verbindung stehen. Für einen freien Gewerkschafter und Sozialisten bietet sich hier sehr gute Gelegenheit, in die Werkstatt der Werksgemeinschaft zu schauen. Das Dinta zeigt Werkstätten, Lehrwerkstätten, Werkzeitlegen. Einzelne Firmen bringen ähnliches. Siemens zeigt besonders eingehend diese ganze Tätigkeit. Eine große Tafel „Arbeitshygiene“ zählt folgende Einrichtungen für Jugendliche auf: Lehrlingswerkstätten, Lehrlingschulen, Lehrlingsheime, Fortbildungs-Stipendium, Sport, Stadion, Wassersportplatz, Fabrikpflege, Fretisch für Jugendliche, Arbeiterinnenkurse und Klub. Werkbücherei, Zeitung, Vortrags- und Vereinsabend. 95 Proz. der Jugendlichen benutzen die Werkbücherei. (Es sei mir gestattet hier darauf hinzuweisen, daß Siemens vor dem Kriege keinen freien Gewerkschafter beschäftigte und heute völkische Elemente vorzieht). Den bekannt-

ten Zweck dieser Dinge und ihren wahren Geist zeigt die bewegliche Nietenkolonne der Industrie. Sie macht in bauernfängerischer Weise gegen den Urlaub der Jugendlichen Propaganda und enttrollen so die wahre Liebe der „J.“

Über den zweiten Teil der Ausstellung „Freizeit der Jugend“, wo die einzelnen Verbände den durchschlagenden Nachweis erbringen, daß die Zeit zur geistigen und körperlichen Weiterbildung verwendet wird, nicht viel. In der Unterabteilung: Berufliche Fortbildung in der Freizeit, machen einige freigewerkschaftliche Gruppen mit ihrem Material sehr guten Eindruck.

Ebenso möchte ich auf die dritte Abteilung: „Die Kulturbewegung der deutschen Jugend“, erwähnen hinweisen, damit Interessenten sehen, daß das Leben und Streben der Jugend in dieser Ausstellung zusammengefaßt ist und sich eine kleine Reise lohnt, um diese Dinge sich anzusehen.

Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt nicht nur auf die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse schädigend ein, sie übt auch unter den Jugendlichen bedeutenden Schaden auf die Wachstumsverhältnisse aus. Nach dieser Richtung hat Stadtmedizinalrat Dr. Schröder in Oberhausen, lehrreiche Untersuchungen angestellt.

Die arbeitslosen Jugendlichen gehen danach schon mit einem gewissen gesundheitlichen Manko überhaupt in die Zeit der Arbeitslosigkeit hinein. Die genauen Beobachtungen von Dr. Schröder haben nämlich ergeben, daß das Handwerk und das Kaufmannsgewerbe den Begriff der sozialen Auslese im allgemeinen ausgezeichnet verstehen. Da kommen nur die Bewerber zur Einstellung, die neben einem guten Schulzeugnis auch einen einwandfreien ärztlichen Befund nachweisen können, soweit nicht Familienbeziehungen Ausnahmen herbeiführen.

Auf diese Weise kommen in die schweren Berufe gerade die Schwächeren, da Handwerk und Kaufmannsgewerbe bei dem großen Andrang den größten Teil der starken und gesunden Jugendlichen aufnehmen. Schon das ist ein Widerspruch, der noch größer wird durch die Not der Arbeitslosigkeit, unter der dann gerade diese Jugend zu leiden hat.

Die Jugendlichen in Lehrstellen haben ihre Arbeit durch mehrere wichtige Entwicklungsjahre hindurch. Daß große Teile der Jugend, und zwar oft gerade der körperlich mangelhaft entwickelten Jugend, in diesen Jahren keine Arbeit haben, ist für das Wachstum dieser Jugend von großem Schaden. Die mehrjährigen Untersuchungen, die Dr. Schröder in Oberhausen durchgeführt hat, zeigten, daß die oft vertretene Ansicht, die Arbeitslosigkeit bedeute für die Jugend eine Schonzeit und käme ihrer körperlichen Entwicklung zu gute, irrig ist. Das Gegenteil ist der Fall. Bei Arbeitslosigkeit fehlt dem Jugendlichen der wachstumfördernde Reiz, den Arbeit gerade in den Jahren hat.

Dr. Schröder macht hierüber in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene auch einige zahlenmäßige Angaben. Danach waren Gewicht und Körpergröße bei männlichen Lehrlingen, weiblichen Lehrlingen und männlichen Hilfsarbeitern wie folgt:

	männliche Lehrlinge	weibliche Lehrlinge	männliche Hilfsarbeiter
1925	54,5 kg	52,5 kg	48,5 kg
1926	55,2 kg	52,7 kg	50,2 kg
	162 cm	157 cm	159 cm
	164 cm	158 cm	161 cm

Die widersinnigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse haben es also zuwege gebracht, daß die männlichen Hilfsarbeiter ein geringeres Körpergewicht als die weiblichen Lehrlinge hatten.

Aber diese unterernährten und in ihrer Wachstumsentwicklung gehemmten Jugendlichen sind es nun, die nachher in so vielen Fällen ausgerechnet als Schwerstarbeiter beschäftigt werden. So hat Dr. Schröder z. B. in sechsjährigen schulärztlichen Untersuchungen von 14jährigen Knaben in diesem ausgesprochenen Bergbaubezirke noch kein Dutzend Anwärter auf den Beruf des Bergmanns getroffen. Ebenso ist es mit den Arbeitern für die Eisindustrie. Diese Arbeiter werden später von denen gestellt, die heute als Jugendliche zu den Schwächsten zählen und noch obendrein in ihrer Wachstumsentwicklung gehemmt werden. Daß die Arbeitskraft dann bei so vielen so früh verbraucht ist, kann nicht verwundern.

Diese wertvollen Untersuchungen zeigen uns, wie traurig es in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit der Menschenökonomie bestellt ist. Gewiß mag die Verwendung der jugendlichen Arbeitslosen auf dem Lande ihrer Gesundheit zuträglich sein, doch bessert das nicht das Grundübel, das da in diesen Untersuchungen zutage tritt: die mangelhafte Einstellung der kapitalistischen Wirtschaft auf die Gesundheit des einzelnen und die Leistungskraft des Volkes, die Unterordnung des Menschen unter das Materielle.

Gewerkschaften und Berufsausbildung.

Die in dem Regierungsentwurf des Berufsausbildungsgesetzes aufgestellten Grundsätze für die Beschäftigung und Berufsausbildung Jugendlicher haben die Gewerkschaften veranlaßt, sich sehr eingehend mit dem Entwurf zu beschäftigen. In wiederholten Besprechungen der Sachbearbeiter der Verbände für Lehrlings- und Jugendfragen, die mit den Bezirkssekretariaten des ADGB, vom Bundesvorstand des ADGB, zusammenberufen waren, haben gründliche Beratungen der durch das Gesetz aufgeworfenen Fragen stattgefunden. Es ergaben sich dabei folgende Hauptforderungen, deren Erfüllung von allen Beteiligten für unbedingt erforderlich gehalten wird:

1. Das kommende Berufsausbildungsgesetz muß eine umfassende Regelung darstellen, die für alle Zweige des deutschen Wirtschaftslebens Geltung hat. Die von der jetzigen Reichsregierung beschlossene Nichteinbeziehung der Landwirtschaft und ihrer Nebenbetriebe in den Geltungsbereich des Gesetzes hat keine sachliche Berechtigung. Die dem Gesetz beigegebene Begründung kann nur die „wesentlich anders liegenden Verhältnisse“ in der Landwirtschaft als Grund für die Stellung der Regierung anführen, die eine Sonderregelung in Aussicht stellt. Jede solche Sonderregelung lehnen die Gewerkschaften entschieden ab.

2. Untrennbar von einer Regelung der Berufsausbildung sind Schutzmaßnahmen für die heranwachsende Generation. Die Gewerkschaften bedauern deshalb, daß die seit Jahren erhobene Forderung nach gesetzlicher Gewährung von regelmäßigem jährlichem Urlaub für alle erwerbstätigen Jugendlichen von dem Gesetzentwurf nicht berücksichtigt wird. Sie fordern deshalb, daß allen Jugendlichen unter 16 Jahren je drei Wochen Urlaub und allen Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren je zwei Wochen bezahlter Urlaub gewährt wird. Weiter ist notwendig, daß das Berufsausbildungsgesetz endlich den Mißstand beseitigt, daß Jugendliche für den Besuch der Berufs- (Pflichtfortbildungs-)Schule Lohnausfälle erleiden.

3. Der Gesetzentwurf läßt die bestehende Tatsache der tariflichen Regelung des Lehrverhältnisses gänzlich unbeachtet. Die Gewerkschaften müssen unbedingt darauf bestehen, daß auch im Berufsausbildungsgesetz ausdrücklich festgelegt wird, daß die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens den Anordnungen der im Gesetz vorgesehenen paritätischen Ausschüsse vorgeht.

4. Die vorgesehene Übertragung der Aufgaben aus dem Gesetz an die bestehenden Handwerks- und Handelskammern ist für die Gewerkschaften untragbar, da diese Kammern reine Arbeitgeberorgane sind. In den mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Organen müssen die Arbeitnehmer gleichberechtigt mitwirken können. Diese Gleichberechtigung ist in den Arbeitsbehörden gegeben, die infolge ihrer Zuständigkeit für die Gebiete der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung auch sachlich allein für die Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes geeignet sind.

Es ist ferner eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zu den Einzelvorschriften des Gesetzentwurfs ausgearbeitet worden, die für die Beratungen im Reichswirtschaftsrat bestimmt sind.

Dresdener photographische Streiflichter.

Wenn Dresden in der photographischen Welt bisher eine gewisse Bedeutung erhalten hat, so ist dies nicht Zufall. Wohl keine Stadt ist so wie Dresden mit seinen reichen Kunstschätzen und seiner reizvollen Umgebung geeignet, befruchtend auf die künstlerische Photographie zu wirken. Auch das Publikum zeigt gegenüber anderen Großstädten ein viel größeres Interesse an den künstlerischen Werken der Photographie. Es ist deshalb begreiflich, daß die Photo-Industrie und der Photohandel sich mehr und mehr in Dresden konzentrieren. Daß daher auch immer wieder photographischen Ausstellungen der geeigneten Resonanzboden geboten wird, ist selbstverständlich. In diesem Jahre bot Dresden zwei Ausstellungen Unterkunft und zwar derjenigen des Zentralverbandes Deutscher Photographenvereine und Innungen und des Verbandes Deutscher Amateurphotographen-Vereine in der Jahresschau „Das Papier“ und der des Deutschen Photographenvereins im „Lichthof des Dresdener Rathauses“. Die Ausstellung in der Jahresschau „Das Papier“ war gut und geschmackvoll in einem einheitlich abgeschlossenen Raum untergebracht und zeigte zum Teil in wenig abwechslungsreicher Aufmachung ausgewählte und streng ausgesuchte Arbeiten, von Mitgliedern beider Organisationen. Hierbei konnte festgestellt werden, daß die G. D. L. (Gesellschaft Deutscher Lichtbildner) bei der Auswahl besonders berücksichtigt war.

Daß die Ausstellung des Deutschen Photographenvereins nicht so wirken konnte, wie die obige, lag schon an dem viel zu starken Oberlicht in dem Lichthof des Rathauses. Aber auch die wenig ruhige Aufmachung der letzteren mußte ungünstig

wirken. Es soll nicht verkantet werden, daß auch hier zum Teil erstklassige Arbeiten gezeigt wurden, aber der allgemeine Eindruck in der Ausstellung der Jahresschau war ungemünzt günstig. Die einzelnen Photokünstler sind in den letzten Jahren schon auf den verschiedenen Ausstellungen so bekannt geworden, daß sie zu nennen überflüssig sein dürfte. Jedenfalls hat sich das Niveau der ausgestellten Arbeiten bedeutend gehoben. Mit Freude kann dies auch von Arbeiten aus Provinzorten festgestellt werden, so daß manche Großstadt und besonders Berlin alle Ursache hätten, nachzueifern.

Nicht nur die Arbeiten der Fachleute, sondern auch solche von Amateuren, zeigen ein hohes Maß von Können. Dem Publikum dürfte manchmal die Anerkennung dieser oder jener Leistung bzw. die Abstufung der Leistungen schwer werden. Das Dresdener Publikum bringt solchen Ausstellungen reges Interesse entgegen. Eine Kollektivausstellung hatten in einem besonderen, nicht ganz glücklich erbauten und plazierten Pavillon auf der Jahresschau, die Postkarteninteressenten aufgemacht, die uns sowohl in Aufmachung wie Produktion nicht befriedigte. Konnten einzelne Firmen wirklich nicht bessere Erzeugnisse, besonders im Bromsilber-Kunstdruck, bringen?

Mit den beiden erstgenannten Ausstellungen waren Tagungen der Organisationen angesetzt, die beide keinerlei, für die Gehilfen, bedeutsamen Fragen behandelten, die wir deshalb auch nicht einer allgemeinen Betrachtung unterziehen. Nur eines sei im Hinblick auf den kürzlich hier erschienenen Artikel: „Rückschritt um jeden Preis“, festgehalten. Herr Papesch (Chemnitz), der Vorsitzende des Sächsischen Photographen-Bundes, betonte in seiner Rede, daß die Zahl der Gehilfen beschäftigenden Photographen von 80 bis 90 Proz. auf 8 Proz. zurückgegangen sei. Wie kann da Herr Geller, der Syndikus des Zentralverbandes noch Überarbeitszeit der Gehilfen fordern? Uns bleibt dies unverständlich. Auf Antwort des Herrn werden wir vergeblich warten! Sodann hatten die Prinzipale eine ganze Menge Wünsche an den Reichstag, Regierung, Staaten und Kommunen. Hieran sollten sich die Gehilfen ein Beispiel nehmen. Unter andern fordern die Zentralverbändler auch ein Verbot beruflicher Nebenarbeit, die gegen Entgelt geleistet wird. Wir haben grundsätzlich hiergegen kaum etwas einzuwenden, müßten aber eine angemessene Entlohnung als Voraussetzung derselben ansehen. Bis diese erreicht ist, wird aber noch ein weiter Weg sein. Mit diesen oben genannten Tagungen war eine Krone-Ehrung verbunden, da am 14. September der hundertjährige Geburtstag dieses verdienten Altmeisters der Photographie war.

Ortsbericht.

Berlin. Formstecher. In der letzten Mitgliederversammlung wurde Stellung zu den kommenden Tarifverhandlungen genommen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden und einem Nachruf für den verstorbenen Kollegen Bergmann wurden die Anträge beraten. In der Diskussion wurde vor allen Dingen das Tun der Unternehmer bemängelt, die Verhandlungen so weit wie möglich hinauszuschieben. Von einigen Kollegen wurde sogar betont, daß wir einen Tarif nicht mehr brauchen, denn ein solcher Tarif, wie der jetzige, sei ganz unzulänglich; er müsse, wenn er nun abgeschlossen werden solle, ganz bedeutend verbessert werden. Vor allen Dingen muß die Lehrlingsfrage geregelt werden! Es steht im Tarif schwarz auf weiß zu lesen, wieviele Lehrlinge zu halten sind. Aber es scheint, als ob mancher Unternehmer nicht lesen kann. Sonst könnten doch nicht immerzu Überschreitungen der tariflich zulässigen Lehrlingszahl vorkommen. Ein Tarif wird doch auf Treu und Glauben abgeschlossen; ein jeder hat sich dann auch danach zu richten. Für unsere Unternehmer gilt das aber anscheinend nicht. Ein großer Teil Schuld an diesen Dingen tragen aber auch oft die Kollegen in den einzelnen Orten; sie haben einfach nicht den Mut, den Unternehmer entgegenzutreten, wenn derartiges vorkommt. Oft wird auch stillschweigend es zugelassen und erst nachher Beschwerde beim Verbandsvorstand oder Klage beim Tarifamt eingereicht. Natürlich auch dann erst, wenn es zu spät ist. Also Kollegen, seid auf dem Posten für die Zukunft, dann wird es auch anders besser werden. Auch die Ferienfrage steht bei den Tarifverhandlungen zur Debatte. Hier muß ein erstes Wort gesprochen werden. Gerade bei unserer jetzt intensiven Tätigkeit ist es unbedingt notwendig, ausreichende bezahlte Ferien zu haben (unbezahlte gibt es genug, manchmal bald zuviel). Genau so verhält es sich mit der Feiertagsbezahlung. In anderen Berufen läßt sich doch die Sache durchführen, warum im Formstechergewerbe nicht? Die Welt schreitet doch vorwärts und nicht rückwärts! Die Werkzeugbezahlung muß auch neu geregelt werden. Entweder das Werkzeug wird geliefert oder es wird entsprechend entschädigt. Über die Regelung des Lohnes entspann sich eine besonders lebhaft debattierte. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß eine Erhöhung des Lohnes ein-

treten muß, wollen wir nicht unter den Schlitten kommen. Die Preise sind seit April enorm gestiegen, dazu die Mietspreiserhöhung ab 1. Oktober. Es scheint so, als wollten die Unternehmer den Gehilfen einen Schreck einjagen, indem sie vorzutauschen suchen, daß keine Arbeit da sei. Gewiß sind mehrere Formstecher arbeitslos. Aber Arbeit kommt doch herein. Daß die Unternehmer diese Arbeit nur annehmen, damit sie „ihre Leute“ beschäftigen können und bei dieser Arbeit Geld zusetzen, glaubt doch keine Fliege an der Wand. Die Formstechereien haben sich nach der Inflation gut erholt, natürlich auf Kosten der Formstecher; sie sind alle gut eingerichtet, und von nichts raucht kein Schornstein. Die Berliner Kollegenschaft ist sich einig darüber, daß, wenn die Unternehmer nicht ganz bedeutende Lohnaufbesserungen zugestehen werden, es ohne Kampf auf der ganzen Linie nicht gut abgehen wird. Die Formstechergehilfen wollen auch als Menschen leben, und gleichgestellt sein mit den anderen Sparten unseres graphischen Gewerbes. Dieses zu erreichen, dazu gehört natürlich, daß alle Formstecher in Reihe ihren Mann stehen! Dann wird es dem Verband auch nicht schwer fallen, falls die Unternehmer sich zu hartnäckig stellen, alles zu tun, die Formstecher vorwärts zu bringen. Nach dem Gelöbnis, treu zum Verbands zu stehen, wurde nach einigen Mitteilungen über örtliche Angelegenheiten die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Feuilleton.

Die sozialistische Kulturausstellung in Offenbach a. M.

Alles, was mit Kultur und Arbeiterschaft in Zusammenhang steht, hatte sich zu einer sozialistischen Kulturwoche für die Zeit vom 24. September bis zum 2. Oktober zusammengetan. Mit dieser Kulturwoche war auch eine Ausstellung verbunden. Diese Ausstellung ist wohl der erste Versuch gewesen, all das, was die einzelnen proletarischen Organisationen bis heute an Kulturwerten geschaffen und zusammengetragen haben, einmal für einen Platz und an einem Platz zu zeigen. Und dieser Versuch ist im allgemeinen als geglückt zu bezeichnen. Wenn gleich manches Dargestellte schon auf der „Gesolei“ in Düsseldorf zu sehen gewesen ist, so tut das der Sache durchaus keinen Abbruch; denn derer, die diese große Kulturausstellung gesehen haben, sind nicht zu viele; und dann wirkt solche große Ausstellung mit ihrer bunten Vielheit immer verwirrend, während gerade das Kleine und Intime von Spezialausstellungen sich dem Gedächtnis viel besser einprägt und darum auch viel nachhaltigeren Einfluß ausübt. Und das soll ja wohl so sein: Der Zweck dieser Ausstellung war der, allen einmal aufzuzeigen, was denn die proletarischen Organisationen, die sich mit Fug und Recht als Kulturförderer bezeichnen können, eigentlich sind und was sie wollen, und was sie in ihrem Wollen bisher erreicht haben. Der größte Teil des spleißhaften Bürgertums — leider auch noch ein großer Teil von Arbeitern — die Generalanzeiger-Lesewelt möchte ich sie nennen —, wird ja auch durch noch so nachhaltige und energische Aufrüttelungsmanöver vorläufig nicht aus seiner Lethargie zu erwecken sein, aber dennoch, mancher der Besucher mag schon darunter gewesen sein, der sich die Augen reibt und staunend gefragt haben wird: „Ja, das also können die Arbeiter?“

— diese einst und auch heute noch vielfach verachteten Paria!

Aber es sollte ja nicht etwa das Spießertum und die bürgerliche Gesellschaft bekehrt werden, das war gewiß nicht der Hauptzweck der Übung, nein es war eine sozialistische Kulturwoche und Ausstellung, und damit wendete sie sich in erster Linie an die sozialistisch denkende Masse selbst. Im Geleitwort des Ausstellungsführers sagt der Genosse Anton Döring: „Die Arbeiterbewegung kann heute weniger denn je der aus dem Gemüts- und Gefühlsleben kommenden Kräfte entbehren. Wir brauchen neue Begeisterung, aufopferungsvolle Hingabe und Ideale, neue Sehnsucht und neues Erfüllen. Und dazu brauchen wir sie alle, jene Namenlosen in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Sport-, Gesang- und in den vielen sonstigen Arbeiter- und Bildungsvereinen. . . .“

Die Einteilung der Ausstellung gliederte sich nach den einzelnen Korporationen, die ausgestellt hatten. In ca. 28 Köjen hatten die bekannteren proletarischen Organisationen ihre Einrichtungen und Errungenschaften in mehr oder minder gelungener Form zur Schau gestellt. Von den Gewerkschaften waren 13 vertreten, die größeren mit Ausnahme der Maler wohl alle.

Die Ausstellung der Gewerkschaften interessierte vor allem, wengleich, wie erwähnt, vieles daran nicht neu und auf der „Gesolei“ schon gezeigt worden war. Alles zu würdigen, geht nicht an. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die graphischen Darstellungen über die die Berufsverbände eingehenden Belange dadurch, daß sie oft mit recht flotten Zeichnungen vertreten waren, recht anschaulich und auf alle Fälle einprägsamer wirkten, als wenn sie nur in der früher üblichen Weise aus Linien und Zahlen bestanden hätten. Und als Graphiker interessierten auch die verschiedentlich mit ausgestellten Plakate der Gewerkschaften. Hier ist eine Besserung gegenüber früher wohl unverkennbar, aber es bleibt da doch noch manches zu bessern übrig. Insbesondere dem Verkehrsbunde sei gesagt, daß er sein unmögliches Kitschplakat für die Hausangestellten je eher, desto besser dem Orkus überantworten möge. (Wir wissen, er hat damit ein Erbe übernommen, aber auf diese Erbschaft kann er wenig stolz sein). — Neben den graphischen Darstellungen, den Fachblättern, Büchern usw. wirkte besonders eindringlich, zum Teil geradezu aufreizend das photographische Bild. Man sieht auch hier wieder die Tatsache ganz unzweideutig, daß das Bild die eindringlichste Sprache redet. In dieser Beziehung sind besonders die Verbände der Holz-, Fabrik- und Metallarbeiter zu nennen, welche das Lichtbild in hervorragender Weise in ihren Dienst gestellt hatten. Sie zeigten dabei Unfälle, Berufskrankheiten, Heimarbeit und dergleichen. Namentlich im Kampf gegen die unheilvolle Heimarbeit war der Metallarbeiterverband in außerordentlich anschaulicher Weise vertreten. Dabei stellt er aber nicht nur das Lichtbild in seinen Dienst, sondern hauptsächlich reichhaltiges Anschauungsmaterial am wirklichen Objekt mit dem Nachweis der oft entsetzlich geringen Stundenverdienste mancher ganzen Heimarbeiterfamilien. Er zeigt aber auch gleichzeitig, in wieweit es ihm schon hier und da gelungen ist, Besserung dieser traurigen kulturschänderischen Verhältnisse zu erlangen. Gerade dieser ungemein interessante Teil der Ausstellung verdiente, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden, damit diese einem Kulturvolke unwürdigen Sklavenzustände mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Unsere Bruderorganisation, die Buchdrucker, stellte

neben vielem anderen Interessanten und Wissenswertem auch die bisher erschienenen Werke der Büchergilde aus. — Es wäre aus dem gewerkschaftlichem Gebiete noch manches zu erwähnen, aber die Ausführungen würden dann zu viel Platz beanspruchen. Bedauerlich war das Fehlen unserer allerdings kleinen Organisation, die aber nichtsdestoweniger doch auch einiges zu sagen gehabt hätte. Warum hat sie gefehlt?

Von den anderen Teilen der Ausstellung ist insbesondere die Koje des Offenbacher Abendblattes zu erwähnen, des alten bewährten Kämpfers für die sozialistischen Ideen. Eines der ältesten Organe der Arbeiterschaft überhaupt — 1874 gegründet, unter dem Namen „Neue Offenbacher Tageszeitung“, der 1. Jahrgang lag gebunden aus — hat es sich durch alle Fährnisse und Verfolgungen unter bewährter Leitung bis heute zu erhalten und zu behaupten gewußt.

Aus der Ausstellung der S.P.D. mit den Unterabteilungen Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, desgleichen Landesauschuß und sozialistischer Kulturbund sind namentlich interessant die historischen Denkmale aus dem Partei-Archiv. Einige daraus seien genannt: Marx' Doktordiplom, verschiedene „Neue Rheinische Zeitungen“, dabei die Abschiedsnummer mit dem herrlichen Freiligrathschen Gedicht, das Manifest der kommunistischen Partei von 1848 in Handschrift, August Bebel's Wanderbuch, aus welchem wir ersehen, daß unser großer Vorkämpfer im Jahre 1858 in Freiberg im Breisgau in den katholischen Gesellenverein eingetreten ist, Jugendbildnis und Totenmaske von Ferdinand Lassalle, Totenmasken auch von anderen Führern, dann eine Anzahl politischer Plakate und Karikaturen und vieles andere mehr.

Recht gut stellten auch Konsumverein und Fahrradhaus „Frisch auf!“ aus, letzteres mit dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ zusammen. Frischauf brachte ein sehr gutes Modell seiner neuen ausgedehnten Offenbacher Fabrikanlagen, sowie die Entstehung eines Fahrrades. Die anderen Korporationen können nur genannt werden, trotzdem auch sie im allgemeinen recht Gutes zeigten: Arbeiter-Radio-Klub, freie Turnerschaft, Athleten, Arbeiterwohlfahrt, Abstinenzen, Esperanto- und Schachklub, Sänger, Samariter, Freidenker, Natur- und Kinderfreunde. Hervorgehoben möge noch sein, daß verschiedene ganz ausgezeichnete Lichtbilder hatten; das trifft insbesondere für die Naturfreunde zu.

Neben den eigentlichen Organisationen stellen dann das städtische Elektrizitäts- und Gaswerk in recht wirkungsvoller Weise aus. Dann waren noch Darstellungen der viel, insbesondere in der hiesigen Gegend angefochtenen neuen Bauweise (Stadttrat Mäy in Frankfurt a. M.) sowie moderner Hausrat zu sehen; hier fiel besonders auf das Schlafzimmer von gestern, von heute und von morgen, wie es heute, selbst das von gestern leider wohl nur die wenigsten Arbeiter ihr eigen nennen können.

Alles in allem genommen war diese kleine Ausstellung zweifellos kulturfördernd. Daß sie an sich ein Erfolg war, möge man daran erkennen: sie war ursprünglich nur für eine Woche vorgesehen, mußte aber wegen des allgemeinen Zuspruches um eine weitere verlängert werden. Möge das lobenswerte Beispiel bald anderwärts Nachahmung finden; denn das zusammengetragene Material ist wert, den weitesten Kreisen bekannt zu werden. Vieles ist davon mit großer Mühe eigens für die „Gesolei“ gemacht worden: es wäre schade, wenn es nun so unausgenutzt verderben müßte.

Kartographischer Zeichner

besonders in Schrift geübt, in dauernde Stellung gesucht.

F. A. Brockhaus, Leipzig.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.
la Auswaschtinktur Zinkätzsalz d. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 57
 Fernspr. Mor. 17 399

Gebrauchte Tonschneidemaschine

(Traiser) zu kaufen gesucht. Angebote erbeten an

W. Merslovsky, Leipzig N 24, Lazarusstraße 1.

FACHLITERATUR

- DER WERDEGANG DER AUTOTYPIE Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5.10 RM.
- DAS REKLAMEKLISCHEE UND SEINE VORTEILE von Hans Eckstein. Preis inklusive Nachnahme 2.90 RM.
- PRAKTIKUM DES STEIN- UND ZINKDRUCKES von Witte. Preis inklusive Nachnahme 10.30 RM.
- PLAKATE. Originalentwürfe von H. Neumann. Preis inkl. Nachn. 10.60 RM.
- ZU FROHEN FESTEN von P. Barthel. Preis inkl. Nachnahme 1.10 RM.
- DER LITHOGRAPHISCHE MASCHINENDRUCK von Golmert. Preis inklusive Nachnahme 1.60 RM.
- LEHRBUCH DER LITHOGRAPHIE U. DES STEINDRUCKES von Alois Senefelder. Preis inklusive Nachnahme 11.30 RM.
- DIE LITHOGRAPHISCHEN VERFAHREN UND DER OFFSETDRUCK v. Otto Krüger. Über 270 Seit. Text m. etwa 130 Abbildung. und 20 zum größt. Teil farb. Tafeln. Preis inkl. Nachn. 18.60 RM.
- DER FILMLICHTDRUCK v. Otto Neubert. Preis inkl. Nachn. 1.75 RM.

Zu beziehen durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig